



POLITISCHER JAHRESBERICHT

Länderbüro Indien

Juli 2005 – Juli 2006

Clemens Spieß

Heinrich-Böll-Foundation

India Office

C-4/5, Second Floor

Safdarjung Development Area

New Delhi - 110 016

Phone: 91-11-26854405, 26516695

Fax: 91-11-26962840

e-mail: clemens@hbfasia.org

Inhalt

1. Zusammenfassung	2
2. Einleitung	3
3. Innenpolitik	4
3.1. Parteipolitische Entwicklungen und Primat des politischen Überlebens	4
3.2. Programmatische Inkohärenz und parteipolitische Orientierungslosigkeit	5
3.3. Rückzug der Parteien aus dem öffentlichen Raum	6
3.4. Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen	7
4. Außen- und Sicherheitspolitik	10
4.1. Indiens historisch neue ‚Öffnung zur Welt‘	10
4.2. Annäherung an die USA und China	10
4.3. Das Verhältnis zum ‚Rest der Welt‘	12
4.4. Die indisch-pakistanischen Beziehungen und die Kaschmirfrage	13
4.5. Indien in Südasien	14
5. Umwelt und Energie	15
6. Demokratie, Menschenrechte, Kommunalismus	18
<i>Exkurs: die Situation der Exiltibeter</i>	21
7. Ausblick	22
8. Abkürzungen/Glossar	23

1. Zusammenfassung

Während im vorangegangenen Jahr vor allem Regierungswechsel und Konsolidierung der Regierungskoalition UPA unter Führung der Kongresspartei den politischen Diskurs bestimmten, ergaben sich seit Sommer 2005 mit der Entfaltung einer historisch neuen ‚Öffnung zur Welt‘ dramatische Entwicklungen in der indischen Außenpolitik.

Herausragend in diesem Zusammenhang ist die von vielen politischen Kräften im Land argwöhnisch beobachtete Annäherung an die USA, insbesondere natürlich der so genannte Atom- oder Nukleardeal zwischen den beiden Ländern vom März dieses Jahres, der die Integration Indiens in das internationale zivile Nuklearregime trotz Nichtunterzeichnung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) vorsieht. Aber auch in den historisch belasteten Beziehungen zwischen Indien und China zeichnete sich eine bemerkenswerte Trendwende hin zu verstärkter Kooperation und strategischer Partnerschaft ab. Die enge Anbindung an die Staaten Ost- und Südasiens – vor dem Hintergrund der bereits Mitte der 1990er Jahre formulierten ‚Look East‘-Politik weniger überraschend – hat sich weiter intensiviert. Gründe für diese Entwicklung sind vor allem in Indiens neuem Interesse an multilateralen Organisationen der regionalen Kooperation und bilateralen wie multilateralen Freihandelsabkommen zu sehen.

Die EU – weniger einzelne europäische Länder – verliert für die zukünftige Gestaltung der indischen Außenpolitik zunehmend an Bedeutung. Erst allmählich nimmt ein stärkeres wirtschaftliches und politisches Engagements in der Region Südasiens Gestalt an, abgesehen von der deutlichen Entspannung und dem Friedensprozess im indisch-pakistanischen Verhältnis, das durch das grenzübergreifenden Erdbeben in der Kaschmirregion im Oktober letzten Jahres und zahlreiche Bombenanschläge vermutlich islamistischen Hintergrunds auf die Probe gestellt wurde. Die in diesem Jahr eingerichtete Freihandelszone (SAFTA) der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) stellt zumindest den institutionellen Rahmen für eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration in der Region zur Verfügung. Dabei wäre angesichts drohender Konflikte auch eine verstärkte (sicherheits)politische Kooperation in der Region dringend von Nöten. Schwelende Krisen und Konflikte sind in der Region zahlreich: neben knapper werdenden Ressourcen spielen vor allem politische Probleme eine Rolle. So ist das Konfliktpotential der politischen Krisen in Nepal und Bangladesh, des wiederaufflammenden Bürgerkriegs in Sri Lanka, der nach wie vor ungelösten Kaschmirfrage und der damit verbundenen Gefahr grenzüberschreitenden Terrorismus nicht zu unterschätzen. Auch das Erstarken der in Indien unterschwellig stets gegenwärtigen kommunalistisch oder ethnisch motivierten Gewalt stellt eine Bedrohung dar. Dies haben auch die vermutlich von islamistischen Terrorgruppen verübten Bombenanschläge in Delhi (Oktober 2005), Varanasi (März 2006) und jüngst in Mumbai (Juli 2006) oder die kommunalistischen Ausschreitungen in Vadodara (Mai 2006) deutlich bezeugt.

Indien positioniert sich als kommende Welt(wirtschafts-)macht zurzeit neu. Der Anfang der 1990er Jahre eingeleitete Liberalisierungsprozess und der steigende Energiebedarf beflügeln Bündnisfreudigkeit und Weltmarktintegration. Der dringend notwendige Strukturwandel im Land bzw. die von der UPA versprochene Reformwende kamen aber auch im vergangenen Jahr nicht richtig voran. Die Fokussierung auf den ländlichen Raum, auf arbeitsintensive Produktion, den riesigen informellen („un-organised“) Sektor, auf Einkommenstransfers, Investitionen in ländliche Infrastruktur sowie Gesundheit und

Bildung ließ sich nur in Ansätzen ausmachen. Daran haben auch verschiedene Initiativen wie z.B. die Beschäftigungsgarantie für Mitglieder ländlicher Armenhaushalte nur wenig geändert. Aber auch die effektive Fortschreibung der Liberalisierung bzw. die Einleitung von Liberalisierungsmaßnahmen der ‚zweiten Generation‘ (Arbeitsmarktreformen, Deregulierung, Bürokratieabbau, weitere Marktöffnung, Privatisierung von Staatsbetrieben) kamen nicht voran. Gleiches gilt für den Ausbau der zum Großteil maroden Infrastruktur und die Suche nach einem nachhaltigen Energiemix, der zunehmend weniger auf fossile Ressourcen und Atomkraft setzt. Die derzeitige Unentschlossenheit in der politischen Entscheidungsfindung ist nicht zuletzt den Auswirkungen der landeseigenen Koalitionsarithmetik und dem Zustand des Parteiensystems geschuldet. Generell zeichnete sich im vergangenen Jahr ab, dass sich Parteien und staatliche Akteure mehr und mehr aus dem öffentlichen Raum zurückziehen und die Meinungsführerschaft in der politischen Debatte verlieren.

Dabei wäre eine konsistente Kombination aus staatlichem Interventionismus und Marktkräften dringend notwendig, um das Ziel einer umfassenden und nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Gerade die Liberalisierung und der Aufstieg der vom wirtschaftlichen Boom profitierenden Mittelklasse – Garant für Wachstum und den Ausbruch aus einer im Regulierungsdiktat verharrenden Volkswirtschaft – drohen die existierenden gesellschaftlichen Verwerfungen weiter zu verschärfen. Vielmehr sorgen diese Entwicklungen unter Vernachlässigung sozialer und ökologischer Verantwortung für zusätzlichen sozialen Sprengstoff. Die möglichen Folgen einer Wachstumspolitik ohne soziale und ökologische Flankierung zeigt z.B. die im vergangenen Jahr wieder erstarkte Naxalitenbewegung, eine Art Landlosenbewegung, die in den rückständigsten Bundesstaaten das staatliche Gewaltmonopol konterkariert. Aber auch die extreme Vernachlässigung ökologischer Standards, die vielerorts erst die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der indischen klein- und mittelständischen Betriebe und auch der Großindustrie bildete, ist besorgniserregend. Der rasant ansteigende Energiebedarf erhöht das ökologische Gefährdungspotential darüber hinaus stetig.

Ein Stocken des wirtschaftlichen Aufschwungs sowie eine Fortsetzung des derzeitigen ungleichgewichtigen Wachstums könnten auch für die in einigen Bereichen (soziale Gerechtigkeit, Minderheitenpolitik, bürgerliche Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit) nach wie vor fragile indische Demokratie negative Folgen haben.

2. Einleitung

Indiens nun schon fast gebetsmühlenartig referierter Status als asiatische Großmacht im Wartestand erfuhr im Berichtszeitraum noch einmal einen kräftigen Schub. Das stetige Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren von 7-8 %, die zunehmende Einbindung in den Welthandel (die Außenhandelsquote ist von 14% des BIP Ende der 1980er Jahre auf mittlerweile 24% angestiegen, der indische Börsenindex Sensex verzeichnete bis auf einen Kursturz im Mai dieses Jahres kontinuierlich ‚all-time-highs‘), der Boom in Schlüsselindustrien und Wirtschaftssektoren (Informations- und Hochtechnologie, Pharma- und Textilindustrie, Dienstleistungssektor, Filmindustrie), die Zunahme an ausländischen Direktinvestitionen, aber auch die verstärkte Übernahme von Verantwortung und Einmischung in internationalen Regimen wie der UNO oder der WTO, lassen keinen Zweifel mehr daran, dass Indien wirtschaftlich und auch politisch zum ‚global player‘ avanciert. Als solcher nahm Indien im zurückliegenden Jahr

insbesondere durch das Tempo, mit dem strategische Partnerschaften mit praktisch allen Großmächten eingegangen und diverse Freihandelsabkommen anvisiert wurden seinen Platz in der Weltgemeinschaft ein. Gerade in der Debatte um die Rivalität und den rasanten wirtschaftlichen Aufstieg der asiatischen Riesen Indien und China ist Indien im letzten Jahr deutlich aus dem Schatten des bisher übermächtig erscheinenden Nachbarn getreten.

Gleichzeitig müssen sowohl ein allzu optimistisches Indienbild, als auch die Nachhaltigkeit des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs hinterfragt werden. Indien bleibt nach wie vor in mehrfacher Hinsicht ein Entwicklungsland mit den typischen strukturellen Defiziten wie Armutspersistenz (je nach Armutsdefinition leben zwischen 26 und 34% der Bevölkerung in absoluter Armut), mangelnder Gesundheitsversorgung, einer hohen Analphabetenrate (mit erheblichen regionalen Diskrepanzen), unzureichender Infrastruktur, kaum vorhandener sozialer Sicherheitssysteme, struktureller Gewalt und Heterogenität, Dominanz des vom wirtschaftlichen Erfolg ausgesparten Agrarsektors und sozialer Benachteiligung breiter Bevölkerungsschichten. Zudem stellt sich die Frage, welche Konsequenzen (aber auch Hoffnungen) sich aus der durchaus beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung und dem politischen Bedeutungswandel Indiens in solch kritischen Bereichen wie Energiesicherheit und Ressourcennutzung, Fragen des Umgangs mit internationalen Abkommen wie z.B. dem NVV, der Sicherheit in der Region, des notwendigen Strukturwandels, der sozialen Gerechtigkeit und des Umweltschutzes ergeben.

3. Innenpolitik

3.1. Parteipolitische Entwicklungen und Primat des politischen Überlebens

Das zweite Regierungsjahr der UPA kennzeichneten einige Bewährungsproben. Die UPA hatte für alle Beobachter überraschend im Mai 2004 die von der hindunationalistischen BJP dominierten Nationaldemokratischen Allianz (NDA) abgelöst. Ihr Sieg wird hauptsächlich auf das Wahlversprechen der Einleitung von ‚Reformen mit menschlichem Antlitz‘ unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raums zurückgeführt. Im Berichtszeitraum musste die UPA jedoch einige Rückschläge hinnehmen. So strafte der indische Oberste Gerichtshof den Versuch der Regierung ab, das Amt des vom Staatspräsidenten ernannten Gouverneur zum Machterhalt bzw. Machtgewinn in den Bundesstaaten Goa, Jharkand und Bihar zu instrumentalisieren. Damit nicht genug übernahm in Jharkand ein von der BJP geführtes Wahlbündnis die Macht. Im November 2005 gewann die BJP die neu anberaumten Wahlen in Bihar.

Aus den fünf Landtagswahlen im Frühjahr 2006 ging dann vor allem die ‚Communist Party of India (Marxist)‘, CPI (M), auf deren Unterstützung die UPA angewiesen ist, gestärkt hervor. Sie führte eine Parteienallianz zum Wahlsieg in Kerala und wurde mit überwältigender Mehrheit im Bundesstaat West Bengal, ihrer regionalen Hochburg, zum siebten Mal im Amt bestätigt.

Nicht nur der BJP-Wahlsieg in Bihar erhöhte den innenpolitischen Druck auf die Regierungskoalition. Auch die Wahlerfolge der Kommunisten in Kerala und West Bengal und die zum Jahresende 2005 einsetzenden Querelen um die Landesregierung im südindischen Bundesstaat Karnataka, die aktuellen Interessensgegensätze zwischen Kongresspartei und einem wichtigen Koalitionspartner aus Tamil Nadu und die alles bestimmenden Koalitionsarithmetik in der indischen Parteipolitik brachten die

Regierungskoalition in Zugzwang. Bisher hat die Regierung es noch geschickt verstanden, die fragile Balance zwischen Zentralregierung sowie Kongressspitze und regionalen Regierungschefs und Parteibossen aufrechtzuerhalten

An der Tradition der mangelnden parteipolitischen Verantwortlichkeit, die das gesamte Parteienspektrum kennzeichnet, hat sich jedoch auch im vergangenen Jahr wenig geändert: dies zeigte z.B. der Skandal um mehrere Parlamentarier, die sich 2005 für Parlamentsanfragen bezahlen ließen und dabei gefilmt wurden. Ein ebenso deutliches Anzeichen war die augenscheinliche Verwicklung des im November 2005 zurückgetretenen indischen Außenministers Natwar Singh in irreguläre Ölverkäufe im Rahmen des irakischen ‚Food for Oil‘-Programms der UNO, die mit der Herausgabe des Volcker-Berichts ans Tageslicht kam. Auch die aktuelle ‚office of profit‘-Kontroverse um Verquickung von Mandat und Nebenämtern, die zum Rücktritt mehrerer prominenter Parlamentarier führte, verdeutlicht die Problematik.

Das öffentliche Bild der politischen Klasse wird nach wie vor von Klientelismus, ‚Gewinnabschöpfung‘ während der Amtszeit und einem Primat des politischen Überlebens bestimmt. Im Ergebnis führen dieser Primat des politischen Überlebens und die zunehmende Fragmentierung und Regionalisierung des Parteiensystems zu sehr fragilen Koalitionsregierungen mit geringer Entscheidungsfreudigkeit. Diese werden von (meist regionalen) Koalitionspartnern und Interessengruppen wie Staatsbediensteten, Kastengruppen, großen Unternehmerfamilien aber auch Regionalinteressen zu erheblichen Kompromissen genötigt. Eine weitere Folge ist die zunehmende programmatische Inkohärenz der Parteien und eine Bedeutungszunahme zivilgesellschaftlicher Akteure im öffentlichen Raum. Keine der aus nationaler Perspektive momentan wichtigsten parteipolitischen Kräfte - Kongresspartei, Kommunisten bzw. CPI (M) und die vormalige Regierungspartei BJP - war dabei im vergangenen Jahr von diesem durch mangelnde Professionalisierung verschärften Trend und zunehmender ‚Parteienverdrossenheit‘ in der öffentlichen Wahrnehmung ausgenommen.

3.2. Programmatische Inkohärenz und parteipolitische Orientierungslosigkeit

Die Kongresspartei, die auf außenpolitischem Terrain im Berichtszeitraum durchaus entschlossen aufgetreten ist und neue Wege beschritten hat, tat sich schwer die angekündigte innenpolitische Reformwende, die ihr u.a. 2004 das Mandat beschert hatte, in die Tat umzusetzen. Sie schwankte zwischen vorsichtiger Fortschreibung der Liberalisierung, Weltmarktintegration und des marktgeleiteten Wirtschaftskurses (mit dem Ziel der weiteren Deregulierung, des Bürokratieabbaus und der Lockerung der Arbeitsschutzgesetzgebung) und zaghafter Inangriffnahme erster Reformschritte zur sozialen Flankierung wirtschaftlichen Wachstums und zum Ausbau der zum Großteil maroden Infrastruktur, wie z.B. im Rahmen des ehrgeizigen *Bharat Nirman*-Programms (‚Building India‘, wobei *Bharat* traditionell das ländliche Indien bezeichnet). Diese programmatische Zerrissenheit spiegelte sich vor allem im Widerspruch zwischen dem ‚liberalisierungsfreundlichen‘ Triumvirat aus Premierminister Manmohan Singh, Finanzminister Chindambaran und dem Vorsitzenden der Planungskommission, Montek Singh Ahluwalia, auf der einen Seite und den Parteistrategen um Sonia Gandhi auf der anderen Seite wider. Letztere propagierten oft aus wahltaktischen Gründen staatlichen Interventionismus, eine deutliche Erhöhung der Sozialausgaben und einen zögerlichen

Liberalisierungskurs bzw. Weltmarktöffnung. Sie konnten auch neue Gesetzesinitiativen wie beispielsweise die Ende Mai 2006 beschlossene Einführung einer 27% Quote für rückständige Kastengruppen in staatlich geförderten Hochschuleinrichtungen nicht adäquat vermitteln. Allzu oft behinderte außerdem die landeseigene Koalitionsarithmetik die innenpolitische Entscheidungsfindung. So verhinderten kommunistische (aber auch parteiinterne) Opposition Preiserhöhungen für Kraftstoff, was die staatlichen Ölgesellschaften, eigentlich ein ‚Lieblingskind‘ der Kommunisten, in Bedrängnis brachte und die Notwendigkeit massiver Subventionierung zur Folge hatte.

Die CPI (M) hat zwar durch ihre Wahlsiege auf Länderebene Auftrieb erhalten, sieht sich aber mit einem Richtungsstreit zwischen ihrem ‚Vorzeigepolitiker‘, dem Ministerpräsident West Bengals, Bhuddadeb Bhattacharjee und der nationalen Führung um Generalsekretär Prakash Karat konfrontiert: Bhattacharjee verfolgt eine Politik der Privatisierung von Staatsbetrieben und der Schaffung von ‚Special Export Zones‘ nach chinesischem Vorbild, die den Bundesstaat zu einem der größten Empfänger von ausländischen Direktinvestitionen gemacht haben. Dagegen verharnt Karat in teils orthodoxen Positionen und opponiert gegen geplante Anteilserhöhungen für ausländische Direktinvestitionen im Einzelhandel und Banken- und Versicherungssektor, gegen die Annäherung an die USA und jedwede Preiserhöhungen oder Lockerung der Arbeitsschutzgesetzgebung.

Die BJP schließlich befindet sich seit der Wahlniederlage 2004 im freien Fall: sie ist unfähig, sich zwischen dem traditionell von ihr vertretenen Hindunationalismus und einer moderateren, inklusiveren Position zu entscheiden, den notwendigen Generationswechsel zu vollziehen und gefangen in unzähligen innerparteilichen Fehden und Auseinandersetzungen. Erst gegen Ende letzten Jahres gelang es der Partei, die sich auch im Umgang mit Hardlinern (wie Narendra Modi, dem Ministerpräsidenten Gujarats und Mitverantwortlichen für das Pogrom an Muslimen im Jahre 2002 und Uma Bharti, der radikalen und mittlerweile aus der Partei verstoßenen Ex-Ministerpräsidentin von Madhya Pradesh) schwer tut, ihre Führungsebene mit dem Abtritt Advanis und des früheren Premiers Vajpayee und der Einigung auf Rajnat Singh als neuen Präsidenten ein wenig zu konsolidieren. Der Brudermord an ihrem jungen Hoffnungsträger Pramod Mahajan Anfang Mai dieses Jahres hat die Partei in ihrem personellen Erneuerungsprozess jedoch wieder zurückgeworfen. Programmatisch trat die BJP als Alternative zur UPA im Berichtszeitraum kaum in Erscheinung, sondern verfiel ein ums andere Mal in Parlamentsboykotte und krude Obstruktionspolitik.

3.3. Rückzug der Parteien aus dem öffentlichen Raum

Konsequenz und teilweise auch Ursache dieser Orientierungslosigkeit und des Bedeutungsverlusts der politischen Parteien ist ein im vergangenen Jahr deutlich zu beobachtender Rückzug der Parteien aus dem öffentlichen Raum. Die frühere Omnipräsenz des Staates in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ist im Verlauf des Liberalisierungsprozesses erheblich zurückgegangen und hat ein Vakuum hinterlassen, das zunehmend von zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Medien (und dadurch vor allem einer sich lautstark artikulierenden Mittelklasse) und einer chronisch überlasteten Gerichtsbarkeit ausgefüllt wird (der viel zitierte ‚judicial activism‘). Die indische Demokratie bietet zahlreiche institutionelle wie informelle Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und des Protests wie das Instrument der Popularklage oder der letztes

Jahr eingeführte ‚Right to Information Act‘, aber auch Hungerstreiks, indigene Streikformen oder Maßnahmen zivilen Ungehorsams.

Jüngstes Beispiel für diese Entwicklung ist die bereits angeführte Reservierungsdebatte. Von der Kongresspartei angestoßen, haben sich nach kurzer Zeit sämtliche Parteien aus der Debatte zurückgezogen und sie komplett dem Protestgeschrei der Medien und der (oberkastigen) Mittelklasse überlassen. Oder die Narmada-Staudamm-Kontroverse, die vor kurzem durch den Hungerstreik der Sozialaktivistin Medha Patkar wieder in die Öffentlichkeit gerückt wurde. Die Unkenntnis und Entscheidungsunfähigkeit der zuständigen Ministerien in der Sache und die Untätigkeit der für den Rehabilitierungsprozess zuständigen Bundesstaaten waren so eklatant, dass der Oberste Gerichtshof den Premierminister schließlich auffordern musste, endlich eine Entscheidung zu treffen.

Weitere Beispiele sind die unzähligen NROs, die im Bereich der Grundbedürfnisbefriedigung oder Aidsbekämpfung aktiv sind oder Popularklagen zu Umweltverschmutzung und Slumbeseitigung anstrengen. Sie greifen Themen auf und handeln im Namen derer, die vom Staat und den Parteien trotz gegenteiliger Rhetorik vernachlässigt werden. Auch die wie Pilze aus dem Boden schießenden ‚Residents Welfare Associations‘ – im weitesten Sinne Bürgervereinigungen der wohlhabenden Mittelklasse – lassen sich in diesem Zusammenhang anführen. Sie prangern vor allem staatliches Versagen und Korruption in der Stadtplanung an. Ende April dieses Jahres hat Premier Singh in diesem Zusammenhang auf einer Konklave der ‚Confederation of Indian Industries‘, dem Sprachrohr des ‚shining India‘, die Privatindustrie aufgefordert, Umweltschutz und die gesellschaftliche Wiedereingliederung von Besitzlosen selbst in die Hand zu nehmen und die Notwendigkeit der Einführung von positiver Diskriminierung im Privatsektor angemahnt.

Alle diese Beispiele verdeutlichen, dass sich Indien derzeit in einer Umbruchphase befindet, die durch die entscheidende Frage ‚wie viel Staat, wie viel Markt‘ und die Frage nach der Rollenverteilung im öffentlichen Raum sowie bei der Bereitstellung öffentlicher Güter gekennzeichnet ist.

3.4. Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen

Indien hat in der letzten Zeit eine beachtliche wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. Das Wirtschaftswachstum betrug in den letzten drei Jahren durchschnittlich 7,5%, die Investitionsrate stieg auf 30% des BIP (2005-06), die Devisenreserven haben Ende März 2006 bis vor kurzem kaum vorstellbare 152 Mrd. US\$ erreicht. Die Auslandsschulden von 123 Mrd. US\$ (2005) können als moderat angesehen werden, pro Kopf sind es gerade einmal 110 US\$. Exporte und Importe in Höhe von 73 Mrd. US\$ und 95 Mrd. US\$ bedeuten bei einem BIP von 692 Mrd. US\$ (2004) eine Außenhandelsquote von 24 %. Das ist im internationalen Vergleich noch nicht viel, die Tendenz ist aber steigend. Die Dienstleistungsexporte haben 2004 mit 40 Mrd. US\$ eine Rekordhöhe erreicht, zahlreiche indische Firmen haben im vergangenen Jahr durch Unternehmensübernahmen in westlichen Industrieländern (z.B. im Pharmabereich) Schlagzeilen gemacht. Die Deregulierung der Telekommunikation und des indischen Flugverkehrs haben zu einem beispiellosen Aufschwung in beiden Wirtschaftsbereichen geführt, die indische Industrie verzeichnete Rekordgewinne, die Modernisierung der Flughäfen Delhi und Mumbai wurde in Public Private Partnership (PPP) in die Wege geleitet (genauso wie ein

ehrgeiziges Straßenbauprogramm). Die geplante Aufhebung der Anteilbeschränkungen für ausländische Direktinvestitionen im Einzelhandel verspricht einen weiteren enormen Wachstumsschub - vom anhaltenden Boom im IT-, Finanzdienstleistungs- und BPO-Sektor und der Konsumfreudigkeit der indischen *nouveaux riches* ganz zu schweigen.

Kein Wunder, dass vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2005 die Euphorie über den wirtschaftlichen Boom ungeahnte Ausmaße annahm. In den letzten Monaten häuften sich aber kritische Stimmen, die nicht nur die Nachteile und Folgewirkungen ungehemmten und einseitigen Wachstums anmahnen, sondern auch die Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Hochphase anzweifeln: eklatante Defizite im Infrastrukturbereich, außenwirtschaftliche Abhängigkeiten, eine drohende Energieversorgungskrise, schleppende oder durch Missmanagement gekennzeichnete Deregulierung, eine rigide Arbeitsgesetzgebung, die undurchdringliche und extrem schwerfällige Bürokratie und mangelnde Rücksichtnahme auf eine soziale und ökologische Unterfütterung des indischen Entwicklungsweges gefährden den indischen Wachstumskurs.

Der riesige informelle Sektor, die mehr als 60% in der Landwirtschaft beschäftigten, die nur 22% zum BIP beitragen, die weltweit größte Konzentration von absolut Armen, der nach wie vor unglaublich niedrige 127. Rang beim ‚Human Development Index‘ (2005) sprechen für sich. Hingegen werden die extremen Defizite bei der Strom- und Wasserversorgung, die kaum vorhandene soziale Absicherung, die Schwierigkeiten im Umgang mit unrentablen Staatsbetrieben, die Vernachlässigung einer adäquaten Stadtplanung sowie die regionalen und Stadt-Land Diskrepanzen weniger hinterfragt.

Indiens vorrangig dienstleistungsbasierter wirtschaftlicher Aufstieg hat zweifellos von der Globalisierung profitiert. Gleichzeitig muss die indische ‚Erfolgsstory‘ vom Globalisierungsgewinner mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Die Landwirtschaft und der informelle Sektor bleiben nach wie vor die wichtigsten Beschäftigungsbereiche, in denen wenig von den Möglichkeiten, als vielmehr von den Gefahren ungehemmter Globalisierung zu spüren ist (niedrige Erzeugerpreise durch wachsende Importe, kaum vorhandene Arbeitsstandards, Enteignungen zum Bau von Industrieanlagen). Mit der Globalisierung gehen sowohl im städtischen, als auch im ländlichen Raum neben Chancen (z.B. im Rahmen der Informationsgesellschaft, sofern denn alle einen Zugang haben) auch erhebliche Risiken einher, die in ihrem Gefährdungspotential von zivilgesellschaftlichen Akteuren zwar lautstark angemahnt werden, denen aber von staatlicher Seite selten bzw. nur schleppend begegnet wird.

Es sind vor allem die sozialen (aber auch ökologischen) Aspekte und Folgewirkungen der Globalisierung, die im vergangenen Jahr den gesellschaftspolitischen Diskurs geprägt haben. In sozialer Hinsicht ist deutlich geworden, dass sich der globale Wettbewerb zumeist auf Kosten von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsbedingungen vollzieht und zur Beschneidung lokaler Märkte führt. Ein Umdenken zur Einbeziehung sozialer Verantwortung in betriebswirtschaftliches Kosten-Nutzen-Kalkül, wie es der Stiftungspartner Centre for Social Markets (CSM) mit seinen Aktivitäten propagiert, lässt sich nur allmählich ausmachen und bleibt meist auf multinationale Konzerne beschränkt. Auf dem Papier lassen sich umfassende Arbeitnehmerrechte finden, die Praxis sieht vor allem bei kleinen und mittleren Betrieben anders aus - vom informellen Sektor ganz zu schweigen.

Auch wenn die UPA mit einigen Initiativen (Beschäftigungsgarantie für ländliche Armenhaushalte, Verbesserung der ländlichen Gesundheitsversorgung, kostenlose

Schulspeisung) im vergangenen Jahr versucht hat, ihrem Wahlversprechen einer Reformwende zu Gunsten des *aam admi* (des ‚einfachen Mannes‘) Taten folgen zu lassen, muten diese eher wie ein ‚Tropfen auf den heißen Stein‘ an. Von einem Umdenken im Sinne einer umfassenden sozialpolitischen Reformwende und einer durchgreifenden und sozial gerechten Beschäftigungspolitik, die auch den informellen Sektor umfasst, und der Inangriffnahme des notwendigen Strukturwandels (u.a. auch Landreformen), war auch im Berichtszeitraum nur wenig zu verspüren. Die Umsetzung der Kerninitiative des UPA-Koalitionsprogramms, die ‚National Rural Employment Bill‘ ist dieses Jahr angelaufen. Es handelt sich hierbei um eine von der Zentralregierung finanzierte gigantische Beschäftigungsgarantie, die jedem ländlichen Haushalt in 200 Distrikten 100 Tage Arbeit bei einem Mindestlohn von 60 Rupien pro Tag verspricht und Bestimmungen zur Arbeitslosenunterstützung beinhaltet. Da die Initiative erst im August 2005 verabschiedet wurde, ist es für eine Einschätzung des Erfolgs ihrer Implementierung, von der sich die UPA einen Beschäftigungsschub in den rückständigsten ländlichen Gebieten erhofft, noch zu früh.

Mit der heftig umstrittenen Verabschiedung einer Reservierungsquote für rückständige Kastengruppen in staatlich geförderten Hochschuleinrichtungen ab Sommer 2007 sowie weiteren Initiativen zur Besserstellung ethnischer und religiöser Minderheiten und sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten - z.B. die bereits erwähnten Überlegungen zur Einführung einer Reservierungsquote für *dalits* (ehemals Unberührbare) im privatwirtschaftlichen Sektor oder die gesetzliche Absicherung der Land- und Forstwirtschaftsrechte der *adivasi* (Stammesangehörige) – hat sich die UPA zumindest in ihrem Bekenntnis zur Verbesserung der Entwicklungschancen für sozial Benachteiligte und gesellschaftliche Minderheiten deutlich positioniert, auch gegen den Widerstand der indischen Mittelklasse und Teilen der Opposition, die ihr wahltaktischen Populismus vorwerfen.

Angesichts des festzustellenden Mangels staatlicher Initiative im Bereich der Arbeitnehmerrechte will die Heinrich-Böll-Stiftung zunehmend auch den Privatsektor als Zielgruppe ansprechen und unterstützt deshalb die Arbeit der in Kolkata ansässigen NRO CSM, mit der beispielsweise im Dezember 2005 eine Konferenz zum Thema unternehmerische Sozialverantwortung im IT- und BPO-Sektor in Delhi durchgeführt wurde. Im April in Zusammenarbeit wurde außerdem in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit ein Workshop zum ‚Global Compact in India‘ veranstaltet. CSM hat 2006 mit finanzieller Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung die zweite Auflage ihres Kompendiums ‚Who is who in Corporate Social Responsibility in India‘ herausgebracht. Im Rahmen der langjährigen Arbeit mit sozial benachteiligten Gesellschaftsgruppen unterstützte die Heinrich-Böll-Stiftung im Berichtszeitraum zudem die Erstellung eines ‚Dalit Development Report‘ unter der Schirmherrschaft des wissenschaftlich renommierten ‚Institute for Human Development‘. Mit dem ‚Indian Institute for Dalit Studies‘ in Delhi sind eine Konferenz zu weltweiten Erfahrungen mit positiver Diskriminierung im Privatsektor und die Auflage eines *sur place*-Stipendienprogramms für Dalits geplant. Es soll zudem ein Pilotprojekt zur Problematik der Implementierung des ‚National Rural Employment Guarantee‘-Programms im südindischen Tamil Nadu gefördert werden.

4. Außen- und Sicherheitspolitik

4.1. Indiens historisch neue ‚Öffnung zur Welt‘

Während sich die innenpolitische Entscheidungsfindung im Berichtszeitraum oftmals im Dickicht der Koalitionsarithmetik verlor, ergaben sich in der Außen- und Sicherheitspolitik entscheidende und weit reichende Entwicklungen.

Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen einer historisch neuen ‚Öffnung zur Welt‘, der Anbahnung und des Abschlusses von strategischen Partnerschaften mit praktisch allen Großmächten und des gesteigerten Interesses an der Mitwirkung in multilateralen Organisationen und des Einstiegs in bi- wie multilaterale Regional- und Freihandelsabkommen.

Es ist vor allem eine ökonomische Rationale, die diese Entwicklung vorangetrieben hat. Sie resultiert aus der notwendigen Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen, des Technologietransfers, der Forcierung der Weltmarktintegration (insbesondere auch vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von einer boomenden outsourcing/offshore-Industrie im IT-, Finanzdienstleistungs- und BPO-Sektor als wichtigem Wachstumsmotor) und dem Bedarf an ausländischen Direkt- und institutionellen Investitionen – nicht zuletzt zum dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur (PPP, vorrangig Flug- und Seehäfen, Energie, Telekommunikation und Straßenbau), aber auch zur Ausweitung des verarbeitenden Gewerbes. Die neue Bündnisfreudigkeit ist zunehmend auch an die Frage der Energiesicherheit und den sich daraus ergebenden Abhängigkeiten für das ressourcenarme Land gekoppelt.

Der angestrebte Aufstieg zur Großmacht, auch in seiner politischen Dimension, folgt dabei im Gegensatz zur früheren ‚hard-power‘-Gläubigkeit, die sich vor allem in der Nuklearisierung manifestierte, mehr und mehr einer ökonomischen Strategie: anhaltendes Wirtschaftswachstum von 8% über einen längeren Zeitraum hinweg, Aufstieg zur weltweit drittgrößten Wirtschaftsmacht im Verbund mit den Verlockungen eines gigantischen Marktes und einer größer werdenden, konsumfreudigeren Mittelklasse, aber auch dem Spiel mit den Ängsten des Westens vor der mit dem Aufstieg verbundenen wirtschaftlichen Bedrohung, vor allem im Dienstleistungssektor - und größere weltpolitische Anerkennung, so z.B. im Rahmen eines ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO, treten automatisch ein.

4.2. Annäherung an die USA und China

Die beiden herausragenden Entwicklungen im Berichtszeitraum angesichts Indiens zukünftiger Rolle im internationalen Kräftefeld sind zweifellos die Annäherung an die USA im Rahmen einer Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern (‚Next Steps in Strategic Partnership‘) und die verstärkte Kooperation zwischen Indien und China. Die ‚neue Freundschaft‘ zwischen Indien und den USA, die sich aufgrund der Intensivierung der Handelsbeziehungen (die USA sind noch der größte Handelspartner Indiens, auch wenn China sie wohl bald von diesem Platz verdrängen wird), der Vernetzungen im IT-Bereich und angesichts der großen und einflussreichen Diaspora schon seit längerem abgezeichnet hatte, wurde mit dem Bush-Besuch in Delhi im März dieses Jahres offiziell besiegelt.

Auch wenn bei diesem Besuch, der von heftigen zivilgesellschaftlichen Protesten begleitet wurde und auf deutlichen innenpolitischen Widerstand (vor allem der Kommunisten) stieß, eine Anzahl weiterer Abkommen abgeschlossen wurden, die den

Verdacht bestätigen, dass der Besuch Teil einer weit reichenden strategischen Annäherung zwischen den beiden Ländern aus wirtschaftlichen und geopolitischen Gründen darstellte, so war es vor allem der so genannte Atomdeal, der die größte Aufmerksamkeit erregte.

Was steht bei diesem Deal konkret zur Debatte? Im Gegenzug zur indischen Zusicherung, bis auf 8 alle seiner derzeit 22 Nuklearanlagen unter die Aufsicht der IAEO zu stellen, sich weiterhin an den Grundsatz der Nichtverbreitung zu halten und eine klare Trennung zwischen zivil und militärisch genutzten Anlagen zu vollziehen, erhält Indien Brennstofflieferungen aus den USA und die Aussicht auf Technologietransfers. Frankreich, Großbritannien und Russland haben sich mittlerweile mit politischen Absichtserklärungen dieser Position angeschlossen. Zudem soll auf die Erteilung eines Sonderstatus für Indien als Nichtmitglied des NVV in der ‚Nuclear Suppliers’ Group’ (NSG) hingearbeitet werden, der es Indien ermöglicht, ein spezielles Kontrollprogramm mit der IAEO zu vereinbaren.

Noch stehen dem Inkrafttreten des Abkommens die Ratifizierung durch den US-Kongress und die Zustimmung der NSG sowie die Überwindung der nach wie vor bestehenden innenpolitischen Widerstände entgegen. Aber Indien hat mit dem Atomdeal ein deutliches Signal mit Blick auf seine zukünftige internationale Orientierung gesetzt und sich auch bezüglich der Atomenergie als festem Bestandteil seines zukünftigen Energiemix positioniert.

Relativ jung und bemerkenswert ist die Annäherung Indiens an China. Traditionell aufgrund des historisch belasteten Verhältnis (noch 1998 hatte Indien die Nukleartests ja mit der wahrgenommenen Bedrohung durch China gerechtfertigt) und der Grenzstreitigkeiten ist diese innenpolitisch bisher kaum durchsetzbar gewesen. Doch haben die enormen Steigerungsraten im bilateralen Handelsaufkommen, das innerhalb einer Dekade von weniger als 1 Milliarde US \$ auf zuletzt fast 19 Milliarden jährlich angewachsen ist, zur Einsicht geführt, dass eine verstärkte bilaterale Kooperation letztlich eine ‚Win-Win-Situation’ bedeutet. Mittlerweile wird sogar schon ein Freihandelsabkommen mit China diskutiert. Noch stehen diesem Abkommen aber die Befürchtungen der indischen Industrie vor einer Überschwemmung des heimischen Marktes mit billigen chinesischen Produkten und die Weigerung Indiens, China als Marktwirtschaft anzuerkennen entgegen.

Bemerkenswert erscheint aber auch, dass die sino-indische Annäherung, die anlässlich des Besuchs von Wen Jiabao in Delhi vor etwas mehr als einem Jahr zur strategischen Partnerschaft erklärt wurde, zunehmend eine politische Dimension erhält - und dies trotz der indischen Furcht vor einer ‚Umzingelung’ durch China vor dem Hintergrund der etablierten Partnerschaft zwischen China und Pakistan bzw. China und Burma (Waffenlieferungen) und des neuen chinesischen Engagements in Bangladesh, Sri Lanka und Nepal, also in Staaten, die Indien als genuin seiner Einflussphäre zugehörig erachtet. Die politische Dimension lässt sich nicht nur an der Übereinkunft ablesen, baldmöglichst eine politische Lösung der strittigen Grenzfragen - vor allem in der Gletscherregion Aksai Chin und dem nordöstlichen Bundesstaat Arunachal Pradesh - zu finden, sondern auch an dem im Mai diesen Jahres abgeschlossenen Abkommen zur verstärkten militärischen Kooperation. Indien und China finden sich auch zunehmend zu gemeinsamen Öl- und Gaserschließungsprojekten, z.B. in Syrien oder dem Sudan, zusammen

4.3. Das Verhältnis zum ‚Rest der Welt‘

Der Enthusiasmus, der sich derzeit im Verhältnis Indiens zu den USA und in den sino-indischen Beziehungen widerspiegelt, ließ sich im vergangenen Jahr deutlich weniger im Verhältnis zur EU verspüren; auch wenn die 2004 eingeleitete strategische Partnerschaft nach wie vor auf der Agenda steht und mit dem Gipfeltreffen in Neu-Delhi im September letzten Jahres unter Leitung des EU-Ratspräsidenten Tony Blair und der Verabschiedung eines ‚joint action plan‘, bekräftigt wurde. Dieser Plan umfasst u.a. Vereinbarungen zum Ausbau des Handels und der verstärkten Kooperation in Sicherheitsfragen und globaler Klimapolitik. Deutschland, das bei Importen an vierter und Exporten an siebter Stelle im indischen Außenhandelsspektrum rangiert und auch politisch weiterhin sehr gute Beziehungen zu Indien pflegt, hat nach anderen Ländern des Westens in diesem Jahr die Initiierung eines Energiedialogs über Energieeffizienz und erneuerbare Energien vereinbart.

Die Beziehungen zwischen Indien und der ASEAN - so gefestigt wie noch nie - wurden durch die Teilnahme am ‚East Asian Summit‘ Ende letzten Jahres in Kuala Lumpur zusätzlich aufgewertet und werden von mehreren weiteren Regionalinitiativen (BIMSTEC, MGC, BCIM) und bilateralen Freihandelsabkommen (Thailand, Singapur) gestützt. Durch die Mitgliedschaft im ‚ASEAN Regional Forum‘ ist Indien darüber hinaus auch in einem regionalen Sicherheitsarrangement vertreten und verfügt über Beobachterstatus in der ‚Shanghai Cooperation Organisation‘ (SCO). Die SCO umfasst China, Russland und die zentralasiatischen Republiken und setzt sich mit Themen wie Terrorismusbekämpfung und wirtschaftlicher Kooperation auseinander; vor allem aber wird sie vor dem Hintergrund der ‚pipeline‘-Diplomatie um zentralasiatisches Öl und Gas an Bedeutung gewinnen. Durch diese Mitgliedschaften hat Indien zudem seine Präsenz in Zentralasien verstärkt.

Indien verfolgt auch weiterhin sein traditionelles Engagement im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation und den Ausbau seiner Beziehungen zu anderen Regionalmächten des Südens und ‚emerging markets‘. So z.B. im Rahmen der Kooperation mit den Regionalmächten Brasilien und Südafrika, der so genannten IBSA-Initiative, oder im Kontext der BRICS-Kooperation mit Brasilien, Russland, China und Südafrika. Trotz gegenteiliger Rhetorik und Reminiszenzen an die Blockfreienbewegung spiegelt sich dieses Engagement im innenpolitischen Diskurs angesichts der angeführten ‚Öffnung zur Welt‘ aber nur noch marginal wider und wird zunehmend als eine Strategie der Zweckbündnisse verstanden. Diese dient vor allem der Stärkung der Verhandlungsmacht in internationalen Regimen wie der WTO oder der UN oder der Wahrung zukünftiger Energieinteressen. In beiden Gremien hat sich Indien auch im Berichtszeitraum deutlich zu Wort gemeldet: so beispielsweise auf der UN-Vollversammlung im September letzten Jahres, auf der Indiens Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat allerdings erst einmal niedergeschlagen wurde, und beim WTO-Treffen in Hongkong Ende letzten Jahres. Bei dieser WTO-Runde trat Indien wieder selbstbewusst auf: zum einen im Verbund mit den verschiedenen Interessengruppen der Entwicklungs- und Schwellenländer (vor allem wenn es um WTO Agrarverhandlungen und die Reduktion von Subventionen im Norden geht), zum anderen aber auch mit eigener Interessenpolitik als aufsteigende (Welt)wirtschaftsmacht, was sich gerade bei den Verhandlungen über Dienstleistungen und Urheberrechte bemerkbar gemacht hat.

Angesichts des wirtschaftlichen und politischen Bedeutungswandels Indiens als aufsteigender (asiatischer) Großmacht und vor dem Hintergrund der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber Indien in Deutschland und Europa will sich die Heinrich-Böll-Stiftung in Zukunft verstärkt mit überregionalen Themen (wie z.B. der Frage des Stellenwerts nachhaltiger Entwicklung in den asiatischen Freihandelsabkommen) in Zusammenarbeit mit anderen Länderbüros der Stiftung (Beijing) auseinandersetzen und vermehrt Inlandsveranstaltungen zur neuen Rolle Indiens durchführen. So z.B. im Rahmen der Veranstaltungen in und um Leipziger und Frankfurter Buchmesse oder des neu gegründeten Gesprächskreis zu ‚China und Indien in der Welt(wirtschaft)‘.

4.4. Die indisch-pakistanischen Beziehungen und die Kaschmirfrage

Den größten Nachholbedarf in seinen strategischen Überlegungen zur zukünftigen Gestaltung der Außenpolitik hat Indien in der Region Südasien selbst – vom Friedensprozess zwischen Indien und Pakistan, von beiden amtierenden Regierungschef mittlerweile als ‚unumkehrbar‘ deklariert, einmal abgesehen. Aber auch das indisch-pakistanische Verhältnis ist trotz der offiziellen Feststellung der Notwendigkeit, eine schnelle Lösung der Kaschmirfrage unter Verneinung der militärischen Option anzustreben, durch die wiederkehrende Gewalt in Kaschmir, die vielen Anschläge mit islamistischem Hintergrund im vergangenen Jahr und die nach wie vor tief sitzenden Ressentiments auf beiden Seiten der Grenze noch weit von einer dauerhaften Normalisierung entfernt.

Der Aufbruch in der Kaschmirfrage spiegelte sich im Herbst letzten Jahres noch einmal im indisch-pakistanischen Verhältnis wider als trotz Aufrechterhaltung der indischen Vorwürfe gegenüber Pakistan, es würde nicht genug gegen den grenzüberschreitenden Terrorismus unternehmen, beide Länder am Rande der UN-Vollversammlung in New York ihr Bekenntnis zum Friedensprozess erneuerten und Außenminister Natwar Singh bei einem Besuch in Islamabad im Oktober ein Abkommen zum Informationsaustausch im Vorfeld von Raketentests und zur Einrichtung eines ‚roten Telefons‘ unterzeichnete.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 geriet die beidseitige Annäherung jedoch kurzzeitig wieder in Verzug. Gerade im Nachklang des grenzübergreifenden Erdbebens wurde die Öffnung von weiteren Grenzübergängen in der Kaschmirregion verzögert, und das Treffen zwischen Premier Singh und der ‚All Parties Hurriyat Conference‘ (APHC), dem Dachverband secessionistischer Parteien Kaschmirs im September in Delhi brachte neben der symbolischen Geste wenig greifbares. Zudem sind die Anschläge und Attentate terroristischer und separatistischer Gruppen in Kaschmir im letzten Jahr nicht abgerissen. Die Gewalt gehört nach wie vor zum Alltag wie z.B. die Ermordung des Erziehungsministers des indischen Bundesstaates Jammu und Kashmir am 18. Oktober 2005 und der Autobombenanschlag in der Landeshauptstadt Srinagar nur vier Tage nach den Bomben von Delhi deutlich vor Augen führten.

Im Mai 2006 wurde der Dialog mit der APHC in Delhi wieder aufgenommen und die Erarbeitung von Grundlagen zur Fortschreibung des Dialogprozesses vereinbart. Jedoch zeugen immer wieder kehrende Anschläge von den Schwierigkeiten, die es im Rahmen der Annäherung der Erzrivalen Indien und Pakistan und bei der Suche nach einem Kompromiss im Dauerstreit um Kaschmir zu überwinden gilt. So erfolgten im März dieses Jahres Bombenanschläge auf einen Hindu-Tempel in Varanasi (vermutlich von

islamistischen Terrorgruppen verübt). Auch die die kommunalistischen Unruhen in Vadodara (Gujarat) im Mai, die nach dem Abriss eines Sufi-Schreins ausbrachen, und nicht zuletzt die Bombenanschläge in Mumbai vom 11. Juli, die mehr als 200 Opfer forderten und zahlreiche Verletzte hinterließen, sowie der Anschlag auf indische Touristen in Srinagar am gleichen Tag verdeutlichen die explosive Lage auf grausame Weise.

Angesichts dieser Schwierigkeiten, aber auch der sich im Kontext der indisch-pakistanischen Entspannung ergebenden Möglichkeiten, sind gemeinsame Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Länderbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Lahore, Pakistan geplant: Die sog. ‚Delhi-Lahore Talks‘ greifen kulturell, historisch aber auch politisch relevante Themen mit Blick auf das indisch-pakistanische Verhältnis auf und ermöglichen den Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft.

4.5. Indien in Südasien

Im Gegensatz zur zumindest graduellen Verbesserung im indisch-pakistanischen Verhältnis, sind die Beziehungen Indiens zu seinen Nachbarn Nepal und Bangladesh weiterhin von Anspannung, Ambivalenz und Verunsicherung geprägt. Im Angesicht der sich im vergangenen Jahr zuspitzenden Krise in Nepal verhielt sich Indien nicht besonders geschickt. Im Angesicht der sich im vergangenen Jahr zuspitzenden Krise in Nepal verhielt sich Indien nicht besonders geschickt. König und Armee standen einer radikalen Maoistenbewegung, sowie einer von sieben Parteien getragenen Demokratiebewegung gegenüber. Nach zweiwöchigen Straßenprotesten im April dieses Jahres konnte schließlich die Rückkehr zur Mehrparteiendemokratie herbeigeführt werden.

Erst als klar war, dass sich die nepalischen Parteien nicht auf den ersten Vorschlag des Königs, einlassen würden und die Massenproteste der Demokratiebewegung fortgesetzt wurden, ließ das indische Außenministerium auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz verkünden, dass alles andere als eine vollständige Übertragung der Exekutivmacht vom König auf das Volk bzw. die Parteienallianz nicht mehr in Frage käme.

Indiens Verhältnis zum östlichen Nachbarn Bangladesh war aufgrund zahlreicher Faktoren auch im Berichtszeitraum weiterhin belastet: die unruhige Sicherheitslage in Bangladesch, sich häufende Grenzzwischenfälle, illegaler Grenzverkehr, und Unstimmigkeiten in Fragen der gemeinsamen Wassernutzung hatten einen negativen Einfluss. Die indische Weigerung, an dem im Frühjahr 2005 in Bangladesch anstehenden SAARC-Gipfel teilzunehmen, verschlechterte das Verhältnis ebenfalls. Jedoch gaben die erfolgreich verlaufenen Wassergespräche zwischen beiden Ländern im September letzten Jahres Anlass zur Hoffnung. Auf dem SAARC-Gipfel, der letztendlich im November in Dhaka stattfand, wurden die Wogen zusätzlich geglättet. Zudem wurde Afghanistan, wo Indien derzeit seine wirtschaftliche und politische Präsenz ausbaut, die Mitgliedschaft angeboten. Beim Besuch der Premierministerin Bangladeschs, Khaleda Zia, im März dieses Jahres in Delhi haben beide Seiten ihre Bereitschaft zur verstärkten Kooperation - vor allem in Fragen des grenzüberschreitenden Terrorismus – bekundet.

Eine klare Stellungnahme Indiens zum Wiederaufflammen des Bürgerkriegs in Sri Lanka steht noch aus.

Gerade vor dem Hintergrund der angespannten Sicherheitssituation in den indischen Nachbarstaaten erscheint ein regionalpolitisches Umdenken derzeit mehr als angebracht. Aber auch die trotz der diesjährigen Einrichtung der südasiatischen Freihandelszone SAFTA von Indien vernachlässigten intraregionalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen könnten für intensivere Regionalpolitik sorgen. Für ein ‚take off‘ des intraregionalen Handels, der nur 5% der Gesamtexporte in der Region ausmacht, bedarf es dabei auch der Bereitschaft, Absichtsbekundungen in die Tat umzusetzen, Handelserleichterungen, Transportwege, eine Lockerung des Visaregimes anzugehen und das entsprechende politische Umfeld zu schaffen.

Indien ist sich zunehmend der Chancen und positiven Aspekte eines verstärkten regionalen Engagements bewusst. So bestehen beträchtliche wirtschaftliche Vorteile, z.B. eines Handelsaufschwungs zwischen den rückständigen Staaten im landeseigenen Nordosten und Bangladesch, seiner Energie- und Ressourceninteressen und den geplanten Pipeline-Projekten (Iran-Pakistan-Indien, Burma-Bangladesch-Indien, Zentralasien); aber auch sicherheitspolitische Interessen erfordern regionale Kooperation (grenzüberschreitender Terrorismus vor allem an der indisch-pakistanischen Grenze, Verbrüderung nepalischer Maoisten und indischer Naxaliten, Operationsbasen indischer Aufständischer in Bangladesch, gemeinsame Aktivitäten srilankischer und indischer Tamilen). Des Weiteren stellt das Image Indiens auf der internationalen Bühne einen wichtigen Aspekt dar: als verantwortungsvolle Regionalmacht wahrgenommen zu werden, könnte das internationale Ansehen Indiens steigern. Viele Faktoren sprechen also für eine Intensivierung der regionalen Aktivitäten. In Indiens Politik gegenüber den Nachbarstaaten überwiegen aber nach wie vor ad-hoc Bilateralismus und Zurückhaltung. Die Heinrich-Böll-Stiftung nähert sich dem Thema ‚Konfliktregion Südasiens‘ über eine Problematik an, die in Zukunft das Verhältnis Indiens zu seinen südasiatischen Nachbarn Bangladesch, Nepal und Pakistan entscheidend prägen wird: die Frage der gemeinsamen Wassernutzung und der sich daraus ergebenden Konfliktpotentiale. Hierzu wurde eine Studie zu grenzüberschreitenden Wasserkonflikten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse im nächsten Jahr in die grenzübergreifende Netzwerkbildung münden sollen. Zudem ist eine Studie zum wohl konfliktreichsten Regionalkontext innerhalb Indiens, den Bundesstaaten im indischen Nordosten geplant; besondere Aufmerksamkeit gilt in diesem Zusammenhang der Rolle von Frauen-NROs in der Konfliktregion..

5. Umwelt und Energie

Neben der sozialen Frage wird in Zukunft wohl keine andere Problematik so deutlich mit dem Aufstieg Indiens zur wirtschaftlichen und politischen Großmacht verknüpft sein wie die Frage nach den ökologischen Auswirkungen. Eine der zentralen Herausforderungen besteht in der Gewährleistung von Energiesicherheit, die für eine Fortschreibung des wirtschaftlichen Wachstums unbedingt notwendig ist.

Es wird viel von der zivilgesellschaftlichen Beschäftigung mit Umweltfragen abhängen, die in den 1990er Jahren mit der Sensibilisierung für die schwerwiegenden Folgen des nachlässigen Umgangs mit natürlichen Ressourcen, der Erzeugung von Aufmerksamkeit auf die vielfach katastrophale Situation im Umweltbereich und den Protesten gegen den Bau von Staudämmen zu einem wenn auch nicht überwältigenden so doch graduellen Umdenken beigetragen hat. Sie kann und wird auch weiterhin der Motor für ein

zunehmendes Umweltbewusstsein sein, dem die staatlichen Entscheidungsträger wie ‚Central‘ und ‚State Pollution Boards‘ folgen müssen.

Ereignisse wie die Tsunami-Katastrophe zur Jahreswende 2004/2005 sowie die verheerenden Monsunfluten im Sommer letzten Jahres, die den Ballungsraum Mumbai für mehr als eine Woche zum Erliegen brachten und zahlreiche Todesopfer forderten, haben dazu beigetragen, die Dringlichkeit einer Verbesserung im Umweltmanagement und im Umgang mit der Natur stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken.

Ökologisch gewinnen die Begleiterscheinungen von wirtschaftlichem Aufstieg, Überbevölkerung, infrastruktureller Defizite und Globalisierung immer mehr Aufmerksamkeit. Sie manifestieren sich in zunehmender Umweltbelastung, nur geringfügig vorhandenen Umweltstandards, Verdrängung der Biodiversität durch Agro-Gentechnik, ungehemmter Urbanisierung, dem katastrophalen Zustand des Abfallwesens, Luftverschmutzung und mangelnder Wasserqualität. Aber auch die Folgen ungehemmter Industrialisierung, die im Zuge von Liberalisierung und Globalisierung nun deutlicher zu Tage treten (z.B. im Bergbau oder der Chemieindustrie) sind im Berichtszeitraum durch Proteste und Aufklärungsarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt.

Indien rangierte in der letzten Erhebung zum ‚Environmental Sustainability Index‘ (ESI) weltweit an 101. Stelle mit einem ESI-Wert von 45.2. Bodenerosion, Wasser- und Luftverschmutzung, Entwaldung und die damit verbundene Wüstenbildung sowie der katastrophale technologische Zustand und die Folgewirkungen der meisten öffentlichen und vieler privater (Industrie)betriebe hinterlassen deutliche Spuren. Die Zahl der Umweltflüchtlinge, insbesondere Angehörige sozial benachteiligter Gruppen wie z.B. *dalits* oder *adivasi*, wird in Indien laut UNEP mittlerweile auf ca. 25 Mio. geschätzt.

In diesem Zusammenhang mutet es anachronistisch an, dass die Umweltpolitik nach wie vor nur einen marginalen Stellenwert in der Prioritätensetzung der Regierung einnimmt. Daran hat sich auch unter der neuen Regierung nichts geändert. Die vor kurzem herausgegebene ‚National Environment Policy‘, die weitestgehend ohne Hinzuziehung zivilgesellschaftlicher Expertise erarbeitet wurde, zeichnet sich eher durch eine verstärkte Rücksichtnahme auf industrielles Wachstum als durch eine Verschärfung von Umweltbestimmungen aus. So wurde beispielsweise die zu einer Umweltverträglichkeitsstudie verpflichtende Betriebsgröße industrieller Neuansiedlungen auf das doppelte angehoben.

Mit dem Nukleardeal zwischen Indien und den USA hat sich Indien auch bezüglich der Atomenergie als festem Bestandteil seines zukünftigen – natürlich auch weiterhin Kohle-dominierten - Energiemix positioniert. Zur Palette der 22 existierenden Reaktoren sollen mindestens 16 weitere hinzukommen und die Zielformulierung bezüglich Atomkraft wurde nach dem Deal von 20.000 MW bis zum Jahr 2020 auf 40.000 MW bis zum Jahr 2030 revidiert. Indien setzt zudem zur Deckung seiner prognostizierten Öl- und Gasbedarfswachstumsrate von jährlich 4% (weltweiter Durchschnitt 2%) und eines Ölimportbedarfs von mittlerweile 70% natürlich schon seit einiger Zeit auf eine aggressivere Einkaufs- und Energiesicherungspolitik. Die ‚Energiediplomatie‘ wird als wesentliche strategische Determinante die zukünftige außenpolitische Stoßrichtung Indiens erheblich mitbestimmen, was sich schon jetzt am Ausbau der Beziehungen zu Staaten des Mittleren und Nahen Osten, Burma oder Zentralasien ablesen lässt.

Es findet allmählich aber auch ein Umdenken und eine lebendige Debatte zur verstärkten Inwertsetzung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz statt. Jüngst ausgegebene Zielformulierungen sprechen davon, den Anteil von derzeit knapp 6% auf ein Fünftel der Energieproduktion in den nächsten beiden Dekaden auszubauen. Indien verfügt bereits über die weltweit viertgrößte Windkraftindustrie, auch Solarenergie und die traditionell im kleinen Maßstab schon seit langem existierende Ausnutzung von Biomasse sind auf dem Vormarsch. Derzeit werden zudem zahlreiche Feldversuche zu Möglichkeiten und Kapazitäten für die verstärkte Nutzung von Biodiesel durchgeführt.

Unabhängig von dieser Entwicklung lässt sich vor dem Hintergrund einer geschätzten jährlichen Wachstumsrate des CO₂-Ausstoßes im Zeitraum 2001-2025 von 3 % (China 3.4 %) erahnen, inwieweit sich Indiens steigender Energiebedarf auf die Umwelt auswirken wird. Indiens Beitritt zum (unverbindlichen) 'Asia-Pacific Partnership on Clean Development and Climate Change' im Sommer 2005 deutet außerdem daraufhin, dass das Kyoto-Protokoll für seinen zukünftige klimapolitischen Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle spielen wird.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen und Missstände im Umweltbereich sowie der noch unzureichenden Ausprägung gesellschaftlichen Umweltbewusstseins sieht die Heinrich-Böll-Stiftung ihre Aufgabe vor allem darin, zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Aufklärungsarbeit und dem Aufdecken umweltpolitischer Defizite zu unterstützen. Auch werden Informationsveranstaltungen mit dem Ziel durchgeführt, Fehlentwicklungen und Alternativen im Umweltmanagement und der Energiefrage aufzuzeigen.

So setzt die Heinrich-Böll-Stiftung ihre langjährige Partnerschaft mit der in Delhi beheimateten NRO CSE, die durch ihre Bahn brechende Lobbyarbeit zu Umstellung des öffentlichen Personennahverkehrs in Delhi auf 'Compressed Natural Gas' bekannt wurde, auch in Zukunft fort. Des Weiteren hat die Heinrich-Böll-Stiftung im vergangenen Jahr zahlreiche lokale und regionale NROs und Initiativen in ihrer Aufklärungsarbeit zum Schutz natürlicher Ressourcen und nachhaltiger Entwicklung unterstützt und Dokumentationen umweltpolitischer Fehlentwicklungen gefördert.

Die Heinrich-Böll-Stiftung will in ihrer Indienarbeit zukünftig auch die Frage der Inwertsetzung erneuerbarer Energien und der Nachhaltigkeit des indischen Energiemix im Dialog mit deutschen und europäischen Experten stärker thematisieren.

6. Demokratisierung, Menschenrechte, Kommunalismus

Der friedliche Regierungswechsel 2004 nach relativ frei und fair verlaufenen Wahlen ließ für die indische Demokratie in ihrem sechsten Jahrzehnt auf eine weitere Konsolidierung demokratischer Strukturen und gesellschaftliche Tiefenwirkung hoffen. Mit der Verabschiedung des 'Right to Information Act' im Mai 2005 wurde zumindest auf dem Papier ein Fortschritt hinsichtlich der Förderung einer partizipativen Demokratie erzielt und neben anderen ('Public Interest Litigation'/Popularklage) ein weiteres Instrument zur Stärkung staatlicher Transparenz und Verantwortlichkeit geschaffen, das gerade von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen wie z.B. CSE, Partner der Heinrich-Böll-Stiftung im laufenden Länderprogramm Indien, auch zunehmend genutzt wird.

Dennoch offenbarten sich auch im Berichtszeitraum erhebliche Defizite in der Qualität der indischen Demokratie. Zu groß ist nach wie vor die Diskrepanz zwischen Bürgerrechten auf dem Papier und ihrer Implementierung.

Eine herausragende Belastungsprobe, die sich für die demokratische Konsolidierung (Rechtsstaatlichkeit, Partizipation) Indiens in diesem Zusammenhang ergibt, ist - neben der bereits erwähnten mangelnden parteipolitischen Verantwortlichkeit - das nach wie vor hohe Korruptionsniveau. Laut Korruptionsindex von ‚Transparency International‘ ließ sich 2005 (2.9/Rang 88) nur eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahr (2.8/Rang 90) wahrnehmen.

Positiv lässt sich dagegen das Erstarren der unabhängigen Wahlkommission bewerten, die bei den Landtagswahlen im Berichtszeitraum ihre Kontroll-, Überwachungs- und Beobachtungsmechanismen deutlich verschärft hat, sowie das energische Auftreten der Medien und die zahlreichen Urteile des indischen ‚Supreme Court‘, die ein ums andere Mal die Manipulations-, Instrumentalisierungs- und Korruptionsversuche der politischen Parteien in die Schranken verwiesen haben.

Neben der weiterhin prekären Situation sozial benachteiligter Gesellschaftsgruppen wie *dalits*, rückständigen Kastengruppen und *adivasi* offenbart sich eines der größten Defizite der indischen Demokratie in der mangelnden Gleichstellung von Mann und Frau. Von der sozialen und wirtschaftlichen Genderdiskriminierung abgesehen (Indien rangierte im letzten Jahr beim ‚Gender-Related Development Index‘ des ‚Human Development Reports‘ an 104. Stelle) ist auch im Bereich der politischen Mitsprache wieder kein wirklicher Durchbruch erzielt worden. In der Frage der politischen Repräsentation von Frauen auf regionaler und nationaler Ebene, blieb trotz der seit Jahren geführten Diskussion um die Einführung einer 1/3 Quote für *Lok Sabha* (Parlaments-) und *Vidhan Sabha* (Landtags-)Wahlen die von der amtierenden Regierung versprochene Verabschiedung auch im vergangenen Jahr wieder aus.

Das im Sommer letzten Jahres verabschiedete erweiterte Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt (die entsprechende Grundlage, Sektion 498 A des indischen Strafgesetzbuch existiert bereits seit 20 Jahren) stellt zwar einen erheblichen Fortschritt dar, die effektive Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen scheidet aber zu oft an traditionell verankerten Verhaltensweisen und mangelnder Sensibilität von Polizei, Justiz und Bürokratie.

Die Menschenrechtssituation (hier: Menschenrechte der ersten Generation) in Indien lässt sich trotz positiver Entwicklungen wie z.B. der Abschaffung des umstrittenen ‚Prevention of Terrorism Act‘ mit dem Selbstverständnis einer liberalen Demokratie bisweilen nur schwer vereinbaren. Am schlimmsten ist es um die Situation der Inhaftierten in Kaschmir bestellt, aber auch im gesamtstaatlichen Kontext spricht die Tatsache, dass 2005 71% der Gefängnisinsassen ohne Gerichtsurteil inhaftiert waren, Bände.

Es ist nach der Regierungsübernahme durch die UPA gelungen, einen Rückgang kommunalistischer Tendenzen einzuleiten und die hindunationalistische Propaganda und gesellschaftliche Unterwanderung durch die Vorgängerregierung und einzudämmen. Aber die Gefahr der gewalttätigen, meist politisch motivierten und instrumentalisierten Konfrontation der Religionsgemeinschaften stellt weiterhin eine große Herausforderung für die demokratische Konsolidierung des Landes dar.

Der Rückgang kommunalistischer Gewalt im Berichtszeitraum liegt in erster Linie an dem hohen Niveau zum Zeitpunkt und im Nachklang des von bundesstaatlicher Seite

zumindest tolerierten Pogroms an Muslimen in Gujarat 2002. Wie groß aber die Gefahr eines erneuten Aufflammens vor allem von Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen nach wie vor ist, lässt sich an der jährlichen Übersicht der kommunalistischen Gewalt des Programmpartners CSSS ablesen. Ebenso bedroht das Erstarken eines religiösen Fundamentalismus in der Gesamtregion Südasien und seine Manifestation in (den bereits angeführten) Terroranschlägen zunehmend den Subkontinent.

Im Kontext der beschriebenen Defizite der indischen Demokratie und dem nach wie vor existentiellen Problem der kommunalistischen Gewalt wird sich die Heinrich-Böll-Stiftung zukünftig verstärkt mit den Problembereichen der indischen Demokratie (Rechtsstaatlichkeit, Partizipation) auseinandersetzen und ihre Arbeit zum interreligiösen Dialog fortsetzen. Während im ersten Bereich derzeit die Programmarbeit des Stiftungspartners CSM zur Korruption (in Zusammenarbeit mit ‚Transparency International‘) im Vordergrund steht, werden im Bereich des interreligiösen Dialogs vor allem die Aktivitäten des langjährigen Partners CSSS in Mumbai unterstützt; sie erscheinen insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse (Bombenanschläge in Mumbai im Juli 2006) dringlicher denn je.

Mehrere Publikationen zu Säkularismus und zum Hindu-Muslim-Dialog wurden herausgebracht und eine mitorganisierte Konferenz zum Thema ‚Wounded History‘ setzte sich mit den psychischen Ursachen von Religionskonflikten und kommunalistischer Gewalt und den Möglichkeiten des Dialogs zur Überwindung der historisch bedingten ‚psychischen Verletzungen‘ als Wurzel interreligiöser Konflikte auseinander.

Exkurs: die Situation der Exiltibeter

Die im vergangenen Jahr erfolgte Intensivierung der indisch-chinesischen Beziehungen im Rahmen einer strategischen Partnerschaft insbesondere nach dem Besuch des chinesischen Premier Wen Jiabao im April 2005 in Delhi hat laut Aussage der meisten exiltibetischen Projektpartner der Stiftung und der tibetischen Exilregierung (Central Tibetan Administration - CTA) bisher nichts grundlegend an der Situation der Exiltibeter als Flüchtlingsgemeinschaft auf indischem Boden geändert.

Zudem zeichnet sich im Verhältnis zwischen der exiltibetischen Regierung und China zunehmend die Aussicht auf einen konstruktiven Dialog ab, was beim insgesamt vierten offiziellen Treffen zwischen Vertretern der CTA und Chinas im Juli letzten Jahres in Bern deutlich wurde. Hierzu trägt natürlich auch die Bereitschaft der CTA bei, im Rahmen des vom Dalai Lama proklamierten ‚Ansatzes des mittleren Weges‘/’middle path approach‘ auf (berechtigte) Maximalforderungen zu verzichten und zur Deeskalation im tibetisch-chinesischen Verhältnis aufzurufen.

Dennoch ist hinsichtlich einer weiteren Annäherung in der Tibetfrage weder China von seiner Haltung abgerückt, noch hat Indien in dieser Angelegenheit eine pro-aktive Haltung eingenommen. Wie sehr die Wahrnehmung einer möglichen negativen Reaktion Chinas den Umgang mit der Tibetfrage im Regionalkontext bestimmt, wurde Anfang letzten Jahres erneut deutlich: so wurden die Vertretungen des Dalai Lamas bzw. der tibetischen Exilregierung in Nepal Tage vor der Machtübernahme durch den König am 1. Februar auf Veranlassung des nepalischen König Gyanendra geschlossen.

In Anbetracht der nach wie vor aktuellen wenn auch fast aussichtslos erscheinenden Forderung nach tibetischer Selbstbestimmung existiert es nach wie vor wichtig, die

durch chinesische Staatsgewalt in Tibet ausgeübten Menschenrechtsverletzungen und Assimilierungspolitik zu dokumentieren. Diese wichtige Aufgabe der Dokumentation wird beispielsweise vom Stiftungspartnerpartner TCHRD betrieben. Die bisher positive Entwicklung der Demokratisierung der exiltibetischen Gemeinschaft, die mit der sukzessiven Übertragung der politischen Entscheidungsgewalt an eine weltliche Institution und der graduellen Etablierung des parlamentarischen Systems innerhalb der Exilgemeinschaft seit den 1960er Jahren eingeleitet wurde, verweist auf die Nachhaltigkeit und das Potential der gesellschaftlichen Erneuerung der Flüchtlingsgemeinde.

Es bedarf aber weiterhin der Entfaltung einer gesellschaftlichen Tiefenwirkung im Rahmen didaktisch aufbereiteter Aufklärungsarbeit unter den ca. 110.000 Exiltibetern. Dies gilt auch für die Forderung nach mehr Gerechtigkeit in einer noch weitgehend patriarchalisch strukturierten exiltibetischen Gesellschaft.

Der Großteil dieser Exiltibeter, die in 52 auf dem gesamten indischen Staatsgebiet verteilten Siedlungen beheimatet sind, sehen sich durch das chinesische ‚Spiel mit der Zeit‘ weiterhin mit dem drohenden Verlust ihrer kulturellen Identität und der Gefahr der graduellen Assimilierung an die Gastgesellschaft konfrontiert. Auch der Strom der tibetischen Flüchtlinge, die meist über Nepal nach Nordindien kommen, reißt nicht ab - wie ausnahmslos alle Programmpartner bestätigten. Hinzukommt, dass sich an der oftmals prekären wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Situation in den Siedlungen wenig geändert hat. Genau das Gegenteil ist der Fall: mit jeder zeitlichen Verlängerung des Exilstatus werden die Probleme offensichtlicher.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ihre langjährige Unterstützung der exiltibetischen Gemeinschaft zum Jahreswechsel 2005/2006 stärker fokussiert. Die Unterstützung konzentriert sich seit diesem Jahr auf zwei tibetische NROs: einerseits arbeitet die Stiftung mit dem [Tibetan Centre for Human Rights and Democracy](#) (TCHRD) zusammen. Diese Organisation betreibt mit Workshops und Seminaren Aufklärungsarbeit zum demokratischen Verständnis der exiltibetischen Gemeinschaft und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Tibet; auch im Frühjahr 2006 hat das Zentrum wieder seinen Jahresbericht zur Thematik herausgebracht haben. Andererseits wird das Tibetan Centre for Conflict Resolution (TCCR) unterstützt, welches mit seinen Veranstaltungen und Trainings Strategien zur Konfliktschlichtung in den tibetischen Siedlungen und im Austausch zwischen Exiltibetern und indischer Gastgesellschaft vermittelt.

7. Ausblick

Vor dem Hintergrund der beschriebenen politischen, wirtschaftlichen, demokratischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen wird sich die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Indien im Rahmen des aktuellen Länderprogramms auf drei Schwerpunktbereiche konzentrieren. Der erste Schwerpunktbereich (‚Soziale und ökologische Flankierung der Globalisierung‘) befasst sich mit der notwendigen Verpflichtung, den Globalisierungs- und Modernisierungsprozess sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Hierbei sind insbesondere gesellschaftliche Sensibilisierung und die Umsetzung praktischer Maßnahmen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene von großer Bedeutung. Indien befindet sich nun schon seit geraumer Zeit im Umbruch - aber noch nie waren die Auswirkungen ungehemmter und unkontrollierter Modernisierung, Globalisierung und Urbanisierung so augenfällig wie gegenwärtig:

Begleiterscheinungen wie mangelnde Sozial- und Umweltstandards, Umweltverschmutzung, Energiekrise, Wachstum ohne soziale Flankierung, kaum vorhandene soziale Sicherungssysteme und ein wachsender Graben zwischen städtischem Wohlstand und ländlicher Armut erfordern sofortiges Handeln. Ziel der geplanten Aktivitäten der Partner in diesem Bereich und der Tätigkeiten des Länderbüros ist es, ein öffentliches Bewusstsein für diese auch global relevanten sozialen und ökologischen Auswirkungen zu schaffen und auf die Implementierung notwendiger Gegenmaßnahmen zu ihrer Eindämmung (Sozial- und Umweltstandards, internationale Abkommen, lokale Initiativen) hinzuwirken.

Im Mittelpunkt des zweiten Bereichs (‚Demokratie, Menschenrechte und soziale Teilhabe‘) steht die Auseinandersetzung mit der demokratischen Teilhabe im formal schon seit Jahrzehnten demokratisch verfassten indischen Gemeinwesen und innerhalb der exiltibetischen Gemeinschaft. Demokratische Teilhabe umfasst dabei auch eine emanzipatorische Komponente: so geht es insbesondere um die Möglichkeit sozial Benachteiligter auf die Politikgestaltung Einfluss zu nehmen sowie die politische Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung sozialer Gerechtigkeit. Im Falle der sich im Demokratisierungsprozess befindenden tibetischen Exilgemeinschaft besteht nach wie vor das Problem des Ausschlusses von demokratischer Teilhabe, der sich in Menschenrechtsverletzungen gegenüber Tibetern in der chinesisch besetzten Heimat manifestiert.

Ziel der geplanten Aktivitäten in diesem Bereich ist es der Verwirklichung einer auch sozial gerechten Demokratie sowie demokratischen Partizipationsmöglichkeiten und -spielräumen für alle gesellschaftlichen Gruppen. Außerdem unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung die Demokratisierung und das demokratisches Selbstverwirklichungsrecht der exiltibetischen Gemeinschaft durch die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen sozial Benachteiligter, Bildungsveranstaltungen und die Kooperation mit tibetischen NROs zuzuarbeiten.

Der dritte Schwerpunktbereich (‚Zivilgesellschaftlicher/interkonfessioneller Dialog und Konfliktprävention‘) umfasst die Förderung von Dialogprozessen zur Eindämmung und Prävention der nach wie vor im Regionalkontext allgegenwärtigen kommunalistisch, fundamentalistisch oder ethnisch motivierten Konflikte und Gewalttaten auf lokaler regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Im Vordergrund der Partneraktivitäten und Eigenmaßnahmen stehen der Abbau von Vorurteilen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen (insbesondere Hindus und Muslimen) sowie die Sensibilisierung für den kulturellen Reichtum der jeweils ‚Anderen‘. Ziel ist es, ein Bewusstsein zu schaffen für die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz der verschiedenen Religionsgemeinschaften und ethnischen Gruppen in Indien und im gesamt-südasiatischen Regionalkontext – insbesondere auch mit Blick auf das indisch-pakistanische Verhältnis. Des Weiteren leisten Aktivitäten in diesem Bereich einen Beitrag zur friedlichen Konfliktbeilegung innerhalb der tibetischen Exilgemeinde und zwischen tibetischer Flüchtlingsgemeinschaft und Gastgesellschaft geleistet werden.

Dr. Clemens Spiess, New Dehli, Juli 2006

8. Abkürzungen/Glossar

APHC	All Parties Hurriyat Conference
ASEAN	Association of South East Asian Nations
BCIM	Bangladesh-China-India Myanmar Forum
BJP	Bharatiya Janata Party
BIMSTEC	Bangladesh-India-Myanmar-Sri Lanka-Thailand Economic Cooperation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BPO	Business Process Outsourcing
BRICS	Brazil, Russia, India, China, South Africa
CPI (M)	Communist Party of India (Marxist)
CSE	Centre for Science and Environment
CSM	Centre for Social Markets
CSSS	Centre for the Study of Society and Secularism
CTA	Central Tibetan Administration
DWD	Diverse Women for Diversity
IAEO	Internationale Atom Energie Organisation
IBSA	India, Brazil, South Africa
IT	Informationstechnologie
MGC	Mekong-Ganga Cooperation
MW	Megawatt
NDA	National Democratic Alliance
NRO	Nicht-Regierungs-Organisation
NSG	Nuclear Suppliers' Group
NVV	(Nuklearer) Nicht-Verbreitungs-Vertrag
PPP	Public Private Partnership
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SAFTA	South Asian Free Trade Agreement
SCO	Shanghai Cooperation Organisation
TCCR	Tibetan Centre for Conflict Resolution
TCHRD	Tibetan Centre for Human Rights and Democracy
UNEP	United Nations Environment Programme
UPA	United Progressive Alliance
UN	United Nations
WTO	World Trade Organization